

Universitätsstadt Tübingen
Fachbereich Finanzen
Berthold Rein, Telefon: 204-1220
Gesch. Z.: 20/200/903-03(2010)

Vorlage 811a/2009
Datum 16.02.2010

Berichtsvorlage

zur Behandlung im: **Gemeinderat**

zur Kenntnis im:

Betreff: Stellungnahmen der Verwaltung zu den Fraktionsanträgen zum Haushaltsplan 2010

Bezug: Vorlage 811/2009 Anträge der Gemeinderatsfraktionen

Anlagen: 4 Bezeichnung:

Anlage 1: Stellungnahme zu den Anträgen VwHH 2010

Anlage 2: Stellungnahme zu den Anträgen VmHH 2010 und Investitionsprogramm

Anlage 3: Stellungnahme zu den Anträgen Wirtschaftsplan der Stadtbaubetriebe 2010

Anlage 4: Stellungnahme zu den Anträgen Stellenplan

Die Verwaltung hat mit der Änderungsliste 810/09 die Haushaltsansätze verändert.

Mit den Anlagen 1 bis 4 der Vorlage 811a/09 nimmt sie Stellung zu den Anträgen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2010.

1. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zum Verwaltungshaushalt 2010

Einzelplan/ Seite	Unterabschnitt	Gruppierung	Bezeichnung der Haushaltsstelle	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/ Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Ver- waltung
	xxxx	4000	Personalausgaben						450.000			Linke: Aufheben der 6-monatigen Wiederbesetzungssperre und Rücknahme der 10 % Budgetkürzung Mehr Schulsozialarbeiter und mehr Personal in den Ganztageschulen	
		4000 5451 5460	Gebäudereinigung, Reinigungsmaterial, Reinigungsvergabe, Aushilfsreinigung		-200.000							AL/Grüne: Bei der Gebäudereinigung (Eigen- und Fremdreinigung) können mindestens 10 Prozent eingespart werden. Bericht vorlegen! Linke: Keine Fremdvergabe im Reinigungsbereich	Zu AL/Grüne: Bericht folgt im März 2010; Einsparungen mit Abstrichen in der Reinigungsqualität in Teilbereichen möglich. 10% nur möglich nach Kündigung des gesamten Personals der Eigenreinigung. Zu Linke: Mehrkosten ca. 500.000 €
	3xxx 4xxx	7*	Sozial- und Kulturinitiativen									Linke: Initiativen mit und ohne Vertrag erhalten die Tarifierhöhung (TVöD) 2010	Verträge im Sozialbereich laufen noch, für Erhöhungen keine Gegenfinanzierung.
	xxxx	6753	Ersätze an den SBT			-385.000						CDU: Senkung des SBT-Budgets "Erlöse von der Stadt" um 5%. In Zeiten leerer Kassen muss (leider) auch in den Bereichen der Reinigung, Grünpflege usw. gekürzt	Eine Kürzung um 5% ist ohne Personalabbau nicht darstellbar. Die Abschreibungen und Kapitalkosten sowie die Materialaufwände sind nicht dispo-

													werden. Dies muss ohne Personalabbau leistbar sein.	nibel.
Epl. 0	0000		Gemeindeorgane											
78	0000	6500	Geschäftsausgaben	21.600									Linke: Das Tübinger Gemeinderatsinformationssystem wird aktualisiert den Gemeinderäten auf DVD zur Verfügung gestellt	
78	0000	6620	Geschäftsausgaben der Fraktionen	14.430			-1.980						SPD: Streichung des GEA-Abo für die Fraktionen	Das GEA-Abo kann zur Jahresmitte gekündigt werden.
78	0000	6795	Innere Verrechnungen, Kopiercenter	36.820	-10.000								AL/Grüne: Farbkopien sparsam einsetzen. Linke: Gemeinderatsvorlagen an diejenigen, die es möchten per Email	Bereits heute plant die Verwaltung die Verwendung von Farbkopien für Gemeinderatsvorlagen umsichtig und lässt diese nur anfertigen, wenn es erforderlich ist. Allerdings muss auf eine Lesbarkeit der Drucksachen geachtet werden. Je nach Drucksache ist diese nur in Farbe gewährleistet. So ergibt sich beispielsweise bei Plänen oft die Notwendigkeit, diese in Farbe auszugeben. Inhalte, die auch ohne farbige Darstellung gut lesbar sind, werden weiterhin als Schwarzweisskopie angefertigt. Wird der Ansatz des Haushaltsplanes hier reduziert, dann ist eine Anfertigung von

													über 30.000 € fällig. Gleich verhält es sich bei der Tierkörperbeseitigung.
125	1100	7190	Werbemaßnahmen Erstwohnsitzer	20.000	-5.000		-10.000						<p>Zu AL/Grüne: Gesamtkosten Gutscheineheft 25.000,- € setzen sich zusammen aus 12.000,- € Zuschuss WIT, 5.000,- € Zuschuss Stadt, 8.000,- € Einnahmen von Gutscheinanbietern. Damit ist der städtische Zuschuss bereits um 5.000,- € gegenüber 2009 reduziert, höhere Einnahmen von Gutscheinanbietern sind nicht realistisch. Das Gutscheineheft ist aus Sicht der Verwaltung erfolgreich und sinnvoll.</p> <p>Zu SPD: Die Chipkarten wurden von der Universität für 2009 + 2010 im Jahr 2008 bestellt, eine Teilbestellung für die Stadt war nicht möglich. Es besteht eine Vertragsbindung, die für 2011 ff neu verhandelt werden kann.</p>
Epl. 2	2913		Schulessen										

186	3400	7000	Zuschüsse an Kulturvereine	542.860										<p>SPD: Einmaliger Sonderzuschuss für RACT, damit das Festival stattfinden kann; Sperrvermerk</p> <p>Linke: Französische Filmtage; da es keine kooperative Zusammenarbeit mit der Stadt gibt, soll eine gGmbH gegründet werden.</p>	<p>Zu SPD: Siehe Mitteilungsvorlage 506a/10</p> <p>Zu Linke: Für die Gründung einer GmbH müssen zusätzlich Mittel eingestellt werden.</p>
186	3400	7050	Zuschuss für Festival AfroBrasil	115.170										<p>AL/Grüne: Sperrvermerk; Freigabe durch den Gemeinderat</p> <p>Linke: Wenn das Festival nicht stattfindet, sollen die Zuschüsse gestrichen werden und für die Städtepartnerschaft Moshi, Tansania verwendet werden.</p>	<p>Davon sind 100.000 € abhängig vom Spendeneingang auf Haushaltsstelle 1.3400.1780.000; Zuschuss der Stadt 15.000 €</p>
Epl. 3	3410		Heimatspflege												
187	3410	6100	Feste und Feiern	17.000										<p>SPD: Anpassung an das Rechnungsergebnis</p>	<p>Schwankungen bedingt durch Sonderveranstaltungen.</p> <p>Beispiele: 2010 Jubiläum Silcher/Melanchthon/Fergenhans</p>
Epl. 3	3520		Fachabteilung Stadtbücherei												
190	3520	1100	Lese- und andere Gebühren	110.000										<p>Linke: Keine Erhöhung der Nutzungs- und Mahngebühren</p>	<p>Die Verwaltung bereitet derzeit eine Neufassung der Benutzungsordnung in Bezug auf die Säumnisgebühren vor. Bei einem Inkrafttreten zum 1.7.2010 wären 6.000 € höhere Einnahmen aus Säumnisgebühren zu erwarten.</p> <p>Die Verwaltung schlägt keine Erhöhung der Benutzungsgebühren (Lesegebühren) vor.</p>

Epl. 4	4642		Kindergärten und Kinderhäuser											
213	4642	1100	Betreuungsgebühren	2.644.210		+400.000	-32.000	-32.000 +46.700	-64.000 -460.000			+50.000	<p>CDU: Nur für Kinderkrippen: Mehreinnahmen durch höhere Elternbeiträge, insbesondere in der oberen Gebührenstaffel</p> <p>SPD: Erhöhung nur um 5%</p> <p>FDP: Erhöhung um 5% ab September 2010; 30 % Erhöhung bei den Kleinkindgruppen</p> <p>Linke: Keine Erhöhung der Gebühren; erstes Kindergartenjahr soll gebührenfrei sein</p> <p>W.U.T.: Deutliche Erhöhung für < 3 Jahre, Annäherung an Kosten freier Träger</p> <p>Zusätzliche Ideen klären: 1. Kinderbetreuung in großen Einrichtungen: nur noch eine Ganztagesgruppe; außerdem 2. bei Einkommensgruppierung die höheren Einkommen nochmals differenzieren und dort den obersten Bereich deutlich anheben</p>	<p>Allg. Erhöhung um 10% von Verwaltung bereits vorgesehen, Vorschlag der Verwaltung: weitere Erhöhungen in Haushaltskonsolidierungsprozess bearbeiten.</p> <p>Zu W.U.T.: Reduzierung von Ganztagsgruppen auf Grund des hohen Bedarfs nicht möglich</p>
Epl. 4	4642		Kindergärten und Kinderhäuser											
213	4642	1625	Interkommunaler Ausgleich	500.000	-250.000								<p>AL/Grüne: Ansatz nicht realistisch</p>	Die Verwaltung hält den Ansatz nach wie vor für realistisch.

213	4642	4000	Personalausgaben	15.162.090	-380.000	+75.000 +15.000 -75.000	-167.000	+1.800.000	-378.000	<p>CDU: Betreuungsschlüssel auf künftige Empfehlung des Landes mit Faktor 1,8 anpassen. Die Beschlusslage geht eigentlich von einem schon sehr hohen Niveau mit 1,75 anstelle der geltenden Landesvorgabe von 1,5 Betreuungskräften je Gruppe aus. Jetzt wurde aber festgestellt, dass wir derzeit tatsächlich einen Betreuungsschlüssel von 1,92 haben. Es muss mindestens die Hälfte der möglichen Einsparung erzielt werden = 18 Stellen</p> <p>SPD: Kinderbetreuung Lustnau (20 Plätze anteilig für 2010), Stelle Kinderbetreuung Weilheim zum Jahr 2010/2011, Optimierung Stelenschlüssel (= -75.000)</p> <p>FDP: Einsparung von 2 Stunden je Vollzeitäquivalent durch verbesserte Auslastung der Einrichtungen und Konzentration der Randzeitenangebote auf einzelne Einrichtungen im Stadtteil; schrittweise Umsetzung 2010 hälftig und ab 09/2010</p> <p>Linke: Erhöhung des Personalschlüssels in der Kinderbetreuung von 1,75 auf 2 (Gruppengröße 20)</p> <p>UFW: Entsprechend der besetzten Monate; Vorlage 801/2009; teil-</p>	<p>Umorganisation erst zum neuen Kindergartenjahr möglich, deshalb ist in diesem Jahr eine Einsparung von 80.000 € möglich.</p> <p>Eigener Vorschlag der Verwaltung wird erarbeitet.</p>
-----	------	------	------------------	------------	----------	-------------------------------	----------	------------	----------	--	--

			ren										1.050.000 € geschätzt.	
234	6130	6630	Erstellung Mietspiegel										<p>FDP: Verzicht auf den HHrest mit 68.000 €, Vorl. 23/2010. Geänderte Sachlage auf Grund des Jahresberichts 2009 des Sozialgerichts Reutlingen; Kritik des Gerichts an den Festsetzungen des Jobcenters Reutlingen (trotz Mietspiegel), Lob für das Jobcenter Tübingen (nach Anpassung keine Klagen)</p>	<p>Mit Vorlage 23/10 Haushaltsreste zu entscheiden. GR-Beschluss. Begründung vgl. Vorlage 66 und 66 a/2009 und 471/2008 (Pflichtsatzung "Mietobergrenze"). Job-Center nur ein weiterer Aspekt.</p>
Epl. 6	6300		Gemeindestraßen											
237	6300	5111	Straßenbegleitgrün	30.000								-15.000	<p>W.U.T.: Bevor soziale oder kulturelle Angebote gekürzt werden müssen, können wir ohne Blumenschmuck an Brücken und Geländern auskommen</p>	<p>Straßenbegleitgrün ist ohne Blumenschmuck.</p>
237	6300	6753	Ersätze an den Eigenbetrieb SBT	2.647.000	-217.000							-105.000	<p>AL/Grüne: Rückführung auf das Rechnungsergebnis 2008 SPD: Keine Erweiterung des Blumenschmucks W.U.T.: Bevor soziale oder kulturelle Angebote gekürzt werden müssen, können wir ohne Blumenschmuck an Brücken und Geländern auskommen</p>	<p>Zu W.U.T.: Dabei handelt es sich um den Gesamtansatz für Blumenschmuck im öffentlichen Raum, ohne die Rathäuser. Der Blumenschmuck wird anteilig vom HGV gefördert. Zu SPD: Der erstmals 2009 aufgewertete Blumenschmuck in der Ammergasse müsste dann wieder entfallen.</p>
Epl. 6	6700		Straßenbeleuchtung											

													Stadt Tübingen hat die Auflösung der Gesellschaft zur Folge. Die Gesellschaft ist aber bis 2018 bzw. 2020 an Verträge (Mietzahlung) gebunden.
265	7950	6620	Mitgliedsbeitrag Verein zur Förderung der Biotechnologie	1.000									Gem. § 4 Nr. 4 der Vereinsatzung kann die Mitgliedschaft durch Austritt mit einer Frist von sechs Monaten zum Ende des Geschäftsjahres erfolgen. Austrittserklärung bis 30.06.2010 Austritt zum 31.12.2010
265	7950	7150	Zuschuss an Wirtschaftsförderungsgesellschaft	110.800									Laut Satzung der WIT ist die Stadt nachschusspflichtig für Defizite im Bereich Allgemeine Wirtschaftsförderung / Stadtmarketing.
265	7950	7152	Zuschuss an Bio Region Stern Management	91.670								-91.670	AL/Grüne: Sperrvermerk, Freigabe durch den Gemeinderat; Kündigung prüfen W.U.T.: Kündigung des Vertrags
265	7950	7153	Zuschuss Standortagentur TÜ-RT-Neckar-Alb GmbH	11.400									Jeder Gesellschafter ist berechtigt, mit einer Frist von zwölf Monaten zum Schluss eines Geschäftsjahres zu kün-

276	9000	0010	Grundsteuer B	14.855.000		-1.600.000				-2.255.000	-2.255.000	-1.600.000	<p>AL/Grüne: Beim Finanzamt auf Aktualisierung der Einheitswertfeststellung drängen</p> <p>CDU: Hebesatz auf 500 Punkte festsetzen</p> <p>SPD: Grundsteuer B ab 2011 auf 600 Punkte festsetzen</p> <p>Linke: Keine Grundsteuererhöhung</p> <p>UFW: Keine Grundsteuererhöhung</p> <p>W.U.T: Erhöhung nur auf 500 Punkte</p> <p>Als letztes Mittel könnte eine auf zwei Jahre befristete Erhöhung auf bis zu 575 Punkte erfolgen. Soweit rechtlich eine solche Bindung des Gemeinderates nicht möglich ist, muss jedenfalls eine gleichlautende öffentliche politische Festlegung aller Fraktionen erfolgen.</p>	<p>Zu AL/Grüne: Grundlage ist Einheitswertfeststellung von 1964. Aktualisierung der Einheitswerte ist ein Thema der Bundesgesetzgebung. Aktualisierungen nach Neubau oder Umbau erfolgen zeitgerecht nach monatlichen Meldungen der Baufertigstellung an das Finanzamt, ggf. höhere Grundsteuer wird rückwirkend erhoben.</p> <p>Zu W.U.T: Befristung der Erhöhung ist in der Haushaltsatzung nicht, wohl aber in einer eigenen Hebesatzatzung möglich.</p>
276	9000	0030	Gewerbsteuer	22.000.000							+2.000.000		<p>SPD: Moderate Erhöhung ab 2011</p> <p>UFW: Mehreinnahmen durch bessere Konjunktur</p>	Die Verwaltung bleibt hinsichtlich der Konjunkturentwicklungen bei ihrem Haushaltsansatz.
276	9000	0200	Vergnügungssteuer	240.000							+24.000		<p>UFW: Erhöhung um 10%</p>	Eine Satzung mit Umsetzung des Umsatzmaßstabes wird derzeit vorbereitet. Mehreinnahmen sind in diesem Jahr nicht zu erwarten.

2. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zum Vermögenshaushalt 2010 und Investitionsprogramm

Seite	UA	Grp.	Vorhaben	Bezeichnung der HHSt.	It. Entwurf + Änd. d. Vw. in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Epl. 0	0200			Fachabteilung Kommunales										
286	0200	9450	1030	Sanierung Rathaus	400.000		-400.000						<p>CDU: Derzeit sind keine Sanierungsmaßnahmen leistbar. Status quo muss genügen.</p> <p>W.U.T.: Projekt Generalsanierung Rathaus später und dann in einem Zug angehen. Soweit die Beträge Planungskosten enthalten, muss zunächst ein klarer Zeitfahrplan für die Generalsanierung aufgestellt werden, sonst veralten die Planungen binnen Kurzem wieder. Wo aktuelle Auflagen vorliegen (Brandschutz) sollte stattdessen über (a) eine bereits vorge-</p>	Defizite Brandschutz vorhanden.

													zogene Verlagerung von Arbeitsplätzen sowie (b) ein drastisches Abspecken auf das absolute Minimum der provisorischen Abhilfe nachgedacht werden, anstatt 2,26 Mio € auszugeben! Rechnet man noch die Sanierung des IT-Raumes im alten Rathaus hinzu, ergeben sich dann über 3 Mio. Investitionen, die hinterher die massive Generalsanierung (€ 10-15 Mio) mit Staub und Dreck "überleben" müssen bzw. um die herum mit viel Aufwand "herumsaniert" werden muss!	
Epl. 0	0204			Verwaltungsstelle Hagelloch										
287	0204	9400	1700	Baukosten Aufzug im Rathaus Hagelloch	0						+110.000	+110.000	UFW: Mehreinnahmen durch die Miete. Erklärung Barcelona	Keine Gegenfinanzierung.
Epl. 0	0610			Fachabteilung Informationstechnik										

362	6120	9351	0101	Einrichtung eines Geodatenportals	35.000	-20.000								AL/Grüne: Laut Auskunft der Verwaltung ist ein geringerer Betrag ausreichend	Gekürzter Betrag für 2010 ausreichend; Rest muss 2011 neu veranschlagt werden.
Epl. 6	6150			Fachabteilung Projektentwicklung											
365	6150	9550	1020	Sanierungsgebiet östlicher Altstadtrand	774.500	-160.000								CDU: Maßnahmen strecken, s.u. UFW: Schieben von Maßnahmen im Sonderhaushalt	Für 2010 sind vorgesehen: Förderung Pflegehofprojekt Otto Mayer, Förderung Projekt Germaneneck, Anpassung Platz vor der Neckarmüllerei, Sanierung Stützmauern Schulberg, Erschließung / Neugestaltung Grünfläche Schulberg einschl. Treppe. Die Sanierung der Stützmauern ist nur als begleitende Maßnahme zur Erschließung der Grünfläche förderfähig, nicht als selbständige Unterhaltsmaßnahme. Da das VBA eine Sanierung ihrer Mauern für 2010 / 2011 plant, muss die Stadt aus statischen Gründen im Vorfeld, spätestens gleichzeitig die in ihrem Eigentum befindlichen unteren Mauern sanieren. Die

367	6300	9550	1034	Zinserdreieck	100.000	-100.000	-100.000	-100.000	-100.000	<p>CDU: Auf die Verlegung der Bus-Bereitstellung kann verzichtet werden. Zuerst muss geklärt werden, wie die Bebauung des Europaplatzes umgesetzt wird. Hinweis: Auch auf die Übertragung der Mittel aus der Vorl. 23/2010 in Höhe von 500.000 € wird verzichtet.</p> <p>FDP: Im Rahmen der Prioritätensetzung nachrangig; Kein Resteübertrag von 500.000 € Vorl. 23/2010</p> <p>Linke: Streichen der Projektsteuerer</p>	Die Prüfung des GFVG-Antrages ist inzwischen erfolgt. Für März ist ein abschließendes Gespräch im Innenministerium anvisiert, direkt im Anschluss soll die Stadt den Zuschussbescheid erhalten. In diesem Fall ist die Maßnahme noch in 2010 zu beginnen. Der erste Schritt ist die Herstellung der Busbereitstellungsplätze. Dieser ist auch zwingende Voraussetzung zur Entwicklung des Europaplatzes. Eine Ausnahme aus dem Haushalt würde die Erteilung des Zuschussbescheides gefährden.				
Epl. 6	6800			Parkierungseinrichtungen											
373	6800	3610 3650 9600	0101	Zuschuss vom Land Anteil swt Parkleitsystem	240.000 67.000 400.000	-240.000 -67.000 -400.000			-160.000					<p>AL/Grüne: Verzicht auf die Maßnahme</p> <p>W.U.T.: Parkleitsysteme sind Technik von gestern (GPS). Status quo ist völlig ausreichend</p>	

3. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zu den Wirtschaftsplänen 2010

Seite	lfd. Nr.	Bezeichnung der HHSt.	lt. Entwurf in EUR	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
Stadtbaubetriebe (SBT)												
488	1	Erfolgsplan Er-sätze von städti-schen Dienststel-len		-217.000							AL/Grüne: Rückführung auf das Rech-nungsergebnis 2008	Diesen Einnahmen stehen Aufwände für Personal- und Materialkosten sowie für Abschreibungen etc. gegenüber. Wenn diese Einnahmen nicht erzielt werden können, muss versucht werden, das Per-sonal so rasch als möglich abzubauen, wobei der sowieso schon recht hohe Fix-kostenanteil weiter steigen würde.
491	2	Blumenschmuck	105.000			-10.000				-105.000	W.U.T.: Bevor soziale und kulturelle Angebote gekürzt werden, muss man ohne Blumenschmuck auskommen.	Zu W.U.T.: Dabei handelt es sich um den Gesamtansatz für Blumenschmuck im öffentlichen Raum, ohne die Rathäu-ser. Der Blumenschmuck wird anteilig vom HGV gefördert. Zu SPD: Der erstmals 2009 aufgewerte-te Blumenschmuck in der Ammergasse müsste dann wieder entfallen.
	3	globale Kürzung				-385.000					CDU: Senkung des SBT-Budgets "Erlöse von der Stadt" um 5 %. In Zeiten leerer Kassen muss (leider) auch in den Berei-chen Reinigung, Grünpflege usw. ge-kürzt werden. Dies muss ohne Personal-abbau leistbar sein.	Eine Kürzung um 5% ist ohne Personal-abbau nicht darstellbar. Die Abschrei-bungen und Kapitalkosten sowie die Ma-terialaufwände sind nicht disponibel.

4. Stellungnahme der Verwaltung zu den Änderungsanträgen der Fraktionen zum Stellenplan 2010

Ifd. Nr.	Bezeichnung	AL/Grüne 14	CDU 8	SPD 7	FDP 3	Linke 3	UFW 3	W.U.T. 2	Bemerkungen	Stellungnahme der Verwaltung
1	Persönliche/r Referent/ in Baubürgermeister/in			KW-Vermerk		KW-Vermerk				KW-Vermerk hat keine Auswirkung auf den Haushalt 2010.
2	Vorlage 801/09, Nr. 2 d) 0,25 Stellenanteile für Ge- bührenkalkulation beim FB 5					-0,25 Stellenanteile				Keine Gegenfinanzierung wegen wegfallender Gebühren. Stellenanteile sind für die beschlossene 50% Überprüfung erforderlich.
3	S. 124 1.1100.4000					-2,0 Stellenanteile +2,0 Stellenanteile			Linke: Zwei Stellen beim Ordnungsamt sollen zu Gunsten von Streetworkern aufgegeben werden	Die Arbeit der beiden Mitarbeiter im kommunalen Ordnungsdienst hat sich bewährt. Die Verwaltung wird demnächst erneut über die Arbeit berichten.

4	Halbe Stelle für Jugendarbeit Derendingen			+0,5 Stellenanteile				SPD: Interfraktioneller Antrag 567/2009	Keine Gegenfinanzierung.
5	EBT				Prüfen, ob Gesplittete Abwassergebühr wieder abgeschafft werden kann				Die Verwaltung geht davon aus, dass eine Abschaffung der Gesplittete Abwassergebühr rechtlich nicht zulässig wäre.